SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Stellungnahme des SPD-Ortsvereinsvorsitzenden und der SPD-Gemeindevertreter des OT MALSFELD zum "Autobahnzubringer" und zu den in der HNA erschienenen Artikeln vom Donnerstag, den 28.01.1993, "Ortsvorsteher-Abwahl", "Noch mehr Juckepunkte im Visier" und "Unterschriften gegen Zubringer"

Liebe Malsfelderinnen, liebe Malsfelder,

Die Bemühungen der Malsfelder Ortsbeiratsopposition und des noch der SPD angehörenden Günther Gontek (zur anstehenden Kommunalwahl seitens der SPD nicht mehr nominiert), eine "politische Bombe" hochgehen zu lassen sind insoweit verständlich,als daß zum 07.März 1993 die Kommunalwahl ansteht und mit Polemik um den Autobahnzubringer der seit längerem eröffnete kommunalpolitische Wahlkampf fortgesetzt wird.

Von den Einwohnern des Ortsteiles Malsfeld kann auf den ersten Blick sicher niemand ein ernsthaftes Interesse an dem in der Diskussion befindlichen Autobahnzubringer haben. Beispielgebend für die berechtigten Malsfelder Bedenken sind Lärm- und Abgasemissionen oder das oftmals angeführte Argument für die Verkehrsprobleme der Stadt Melsungen einstehen zu müssen.

Aus diesen Bedenken heraus hat sich der SPD-Ortsverein Malsfeld im Jahr 1990 zunächst mehrheitlich gegen einen Autobahnzubringer ausgesprochen und im übrigen wurde im Dezember 1992 mit den Stimmen der SPD-Mehrheit im Malsfelder Ortsbeirat beschlossen, beim Gemeindevorstand initiativ zu werden, die gesamte Kerngemeinde in die Umweltverträglichkeitsstudie zum Autobahnzubringer (Ortsumgehung) mit einzubeziehen. Daß dies im Januar 1993 noch nicht erf olgt sein kann war in Anbetracht dieser kurzen Zeit auch nicht zu erwarten.

Was den Malsfelder Einwohnern nicht vorenthalten werden sollte, ist der Planungsstand nach dem maßgeblichen Bundesverkehrswegeplan. Danach ist ein Autobahnanschluß nicht vor dem Jahre 2015 vorgesehen. Und es sollte einmal deutlich gesagt werden, daß es dem Gemeindeparlament Malsfeld, der Gemeindevertretung, aufgrund des hier zu beachtenden Bundesrechts nicht ansteht, das gesamte Projekt ablehnen oder befürworten zu können.

Die Gemeinde hat in der gesamten Planung lediglich eine Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange abzugeben. Selbst bei einer negativen Haltung der Gemeinde hat der Entscheidungsträger (Bund) abzuwägen, ob das gesamte öffentliche Interesse höherwertig als das Votum eines Trägers öffentlicher Belange ist.

Die tatsächliche Einflußnahme der politischen Gemeinde Malsfeld hat in letzter Konsequenz nicht die Bedeutung, die seit längerem durch die Opposition suggeriert wird. Für verantwortliche, über die Kommunalwahl hinausdenkende SPD-Mandatsträger bleibt festzuhalten, daß sich die Kerngemeinde Malsfeld nicht als "heile Insel" abgeschottet sehen darf.

Der Autobahnzubringer/Ortsumgehung bietet der Gesamtgemeinde sehr wohl perspektivische Möglichkeiten.

Nur zu verständlich ist das Anliegen aller übrigen Malsfelder Ortsteile, den Innerortsverkehr durch diese Ortsumgehung aus den eigentlichen Ortschaften herauszubekommen. Die Beiseförther, Dagobertshäuser, Elfershäuser und Ostheimer wissen von diesen Beeinträchtigungen, anders als die Malsfelder, ein Lied zu singen.

Fakt ist, daß die Ortsumgehung nur kommt, wenn die Autobahnanschlußstelle Ostheim gebaut wird. Und genau dafür tritt die SPD-Mehrheitsfraktion in Malsfeld ein.

Die Forderung nach Ortsumgehungen auch ohne Autobahnanschlußstelle sind zwar legitim, ist aber aufgrund des vorliegenden Verkehrsaufkommens bei durchgeführten Verkehrszählungen des sicherlich am meisten betroffenen Ortsteils Ostheim wegen der vorliegenden Bestimmungen nicht realisierbar. Auch für die Kerngemeinde selbst ist eine Ortsumgehung absolut sinnvoll und wünschenswert, bedenkt man den bald funktionsfertigen Containerbahnhof und die bald dem Verkehr übergebene, mit höherer Tragfähigkeit ausgestattete neue Fuldabrücke. Dabei werden durch die verantwortlichen politischen Gremien mit SPD-Mehrheit alle Anstrengungen unternommen, die Ortsumgehung soweit als möglich von der eigentlichen Ortslage weg einplanen zu lassen.

Nicht unerwähnt bleiben sollte der Aspekt bleiben, daß in Verbindung mit einem Autobahnanschluß die Chancen der Großgemeinde steigen, daß sich aufgrund der verbesserten Infrastruktur zusätzlich Gewerbegebiete ansiedeln. Die SPD tritt in diesem Zusammenhang nachhaltig nicht nur für den Erhalt, sondern auch für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ein.

Damit soll auch die polemische Diskussion um die Niederwiesenparkplätze vor dem Gelände der Firma Linß angesprochen werden.

Die Mehrheitsfraktion der SPD hat alle Anstrengungen unternommen, um die expandierende Firma Linß in Malsfeld halten zu können. Damit wurde der Erhalt aller bestehenden Arbeitsplätze und perspektivisch zusätzlicher neuer Arbeitsplätze geschaffen. Nicht nur der betroffene Arbeitnehmer, sondern auch die Gemeinde als Gewerbesteuerbezieher profitiert hiervon. Im Rahmen der nicht leichten Kaufvertragsverhandlungen war der letzendlich getroffene Parkplatzkompromiß hinzunehmen.

Zum Punkt Zwischenlagerstätte für Grünabfälle ist selbst dem noch SPD-Ortsbeiratsmitglied Günther Gontek bekannt, daß dieses Thema in der Gemeindevertretung ausführlich diskutiert wurde.

Die geltenden Bestimmungen lassen eine Zwischenlagerstätte fachgerecht nur mit erheblichem finanziellen und personellen Aufwand zu, der für die Gemeinde Malsfeld (und dann in allen Ortsteilen) nicht bezahlbar ist. Bisher wurden die Grünabfälle durch die Gemeindearbeiter abtransportiert bzw. besteht nach wie vor die Möglichkeit, Grünabfälle in Sipperhausen zwischenzulagern.

Nach allem steht der SPD-Ortsverein Malsfeld voll und ganz hinter dem amtierenden Ortsvorsteher und dem gleichzeitig in der anstehenden Kommunalwahl sowohl als Spitzenkandidat für den Ortsbeirat als auch für die Gemeindevertretung kandierenden Rudi Lamprecht.

Karl-Heinz Waskönig	Herbert Vaupel	Gunda Maurer
Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Malsfeld	Gemeindevertreter	Gemeindevertreterin